



# **DIE DDR UND DIE ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG**

---

Dierk Hoffmann

# AUF EINEN BLICK

---

- ▶ Mit wachsendem zeitlichem Abstand zum *Annus mirabilis* von 1989/90 scheinen in den Köpfen der Menschen die Gegensätze zwischen Ost und West wieder an Bedeutung zu gewinnen. Insbesondere in der Medienöffentlichkeit scheint sich der Ost-West-Gegensatz immer mehr zu zementieren.
- ▶ Forscherinnen und Forscher beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit den beiden deutschen Staaten unter beziehungs- und verflechtungsgeschichtlichen Perspektiven. In den Fokus rückt dabei die Analyse der teils gemeinsamen, teils unterschiedlichen Erfahrungen und Erwartungshaltungen der Menschen im geteilten Deutschland.
- ▶ Trotz enger deutsch-deutscher Beziehungen und Verflechtungen ist die Erforschung der Geschichte zweier getrennter deutscher Staaten mit unterschiedlichen Politik- und Wertvorstellungen sowie konträren Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen nach wie vor legitim. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die DDR. Dabei haben es Forscherinnen und Forscher ungleich schwerer, ein Forschungsprojekt zur Geschichte des ostdeutschen Teilstaates zu rechtfertigen. Die zeithistorische DDR-Forschung wird heute im Wesentlichen von einer Reihe außeruniversitärer Forschungsinstitutionen betrieben und getragen.
- ▶ Bei der Beurteilung der Ereignisse von 1989/90 muss stets die enorme Dynamik mitgedacht werden. Innerhalb von wenigen Monaten veränderte sich für die Menschen in der DDR nahezu vollständig das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Koordinatensystem. Die Bundesrepublik beobachtete die Entwicklung in der DDR zunächst nur als Zaungast. Obwohl es in den Schubladen der Bonner Amtsstuben keinen Masterplan zur Wiedervereinigung gab, gewannen westdeutsche Akteure ab Anfang 1990 an Einfluss in Ostdeutschland. Das hing vor allem mit der Entstaatlichung auf der zentralen politischen Ebene in der DDR zusammen.
- ▶ Die Geschichte der deutschen Einheit ist auch die Geschichte einer missglückten Kommunikationsstrategie, die zu überzogenen Erwartungen und Selbsttäuschungen geführt hat. Daher gilt es zum einen, die Komplexität der ökonomischen Herausforderung anzuerkennen, die mit der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft verbunden war. Zum anderen müssen die unterschiedlichen Erfahrungswelten der Menschen in Ost und West stärker berücksichtigt werden, die sich während der 40-jährigen Teilung herausgebildet haben und die über die Zäsur von 1989/90 noch lange nachwirken.
- ▶ Die in der Öffentlichkeit geführten Debatten zeigen, dass eine seriöse und innovative Zeitgeschichtsforschung dringend notwendig ist, um Mythen und Legenden zu zerstören. So kann sie auch einen Beitrag zur Problemgeschichte der Gegenwart leisten. Dazu müssen aber die Rahmenbedingungen für die Forschung sowie die schulische und politische Bildungsarbeit verbessert werden.

# INHALTSVERZEICHNIS

---

	Einleitung	4
<b>1</b>	Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte	5
<b>2</b>	Die DDR im sowjetischen Herrschaftsbereich	8
<b>3</b>	Die DDR als eigenständiges Forschungsfeld	10
<b>4</b>	Die DDR und die Wiedervereinigung	12
	Fazit	15
	Literatur	18

# EINLEITUNG

In letzter Zeit nehmen die Deutungskämpfe über die jüngste deutsche Zeitgeschichte in der Öffentlichkeit immer mehr zu. Das betrifft etwa die Geschichte der friedlichen Revolution 1989 und der deutschen Einheit 1990. Zu den vorgetragenen Monita gehören etwa das nach wie vor bestehende Wohlstands- und Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland, die relativ niedrigen Durchschnittsrenten im Osten sowie die fehlende Repräsentanz Ostdeutscher in den Funktionsebenen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Berliner Republik. Mit wachsendem zeitlichem Abstand zum *Annus mirabilis* von 1989/90 scheinen in den Köpfen der Menschen die Gegensätze zwischen Ost und West wieder an Bedeutung zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich der Verkaufserfolg der Streitschrift des Leipziger Literaturwissenschaftlers Dirk Oschmann (*Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung*), der die Kritik am Westen noch weiter zuspitzt. Dieser sei verantwortlich für die „seit über 30 Jahren bestehenden systematischen Ächtungen und radikalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen des Ostens“.<sup>1</sup> Nach der Wiedervereinigung habe sich nämlich „die Teilung der Geschichte als geteilte Geschichte fortgesetzt“.<sup>2</sup>

Dabei schreckt Oschmann auch nicht davor zurück, einen ungeheuerlichen Vergleich mit dem Nationalsozialismus zu ziehen, indem er eine Rede des Schriftstellers Christoph Hein von 2017 zitiert: Der umgangssprachliche Begriff „Aufbau Ost“ für das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“, das die Bundesregierung am 8. März 1991 beschlossen hatte, stamme aus der *Lingua Tertii Imperii* (LTI) und damit aus der NS-Zeit.<sup>3</sup> In den 1990er-Jahren sind zweifellos Fehler gemacht worden – zum Beispiel eine gescheiterte Kommunikationspolitik („blühende Landschaften“), eine verspätete Industriepolitik („industrielle Kerne“) und eine Mittelstandspolitik mit falschen Prämissen („Rückgabe vor Entschädigung“). Eine Parallele zum verbrecherischen „Generalplan Ost“ des NS-Regimes zu ziehen, ist jedoch vollkommen unangemessen, ahistorisch, ja sogar infam. Daraus folgt: Historische Ereignisse und Prozesse sind zu kontextualisieren. Ansonsten befindet man sich schnell im kognitiven Nirvana und muss sich den Vorwurf gefallen lassen, den Nationalsozialismus zu verharmlosen.

Das Buch von Oschmann und die damit verbundene Mediendebatte lassen ein holzschnittartiges Bild vom vereinten Deutschland erkennen. Dieser Befund gilt auch für die fast zeitgleich erschienene Darstellung von Katja Hoyer über die DDR (*Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990*), die vom Hoffmann und Campe Verlag als „bahnbrechender neuer Blick auf das Leben in der DDR“ angepriesen wird.<sup>4</sup> In der Einleitung ihrer Studie verspricht die Autorin vollmundig „eine neue Geschichte der DDR, die alle Facetten dieses verschwundenen Landes zeigt – von der großen Politik bis zum Alltagsleben“<sup>5</sup> –, und kritisiert die bisherige Geschichtsschreibung, die angeblich von den (westdeutschen) Siegern verfasst worden sei. Ist dieser Vorwurf berechtigt? Was haben Historikerinnen und Historiker auf diesem Feld bisher geleistet? Wo lagen die inhaltlichen Schwerpunkte? Welche Perspektiven ergeben sich daraus?

Die Erforschung der DDR-Geschichte ist weiterhin notwendig und sinnvoll, denn sie kann neue Perspektiven auf die deutsche Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eröffnen und einen Beitrag zur Problemgeschichte der Gegenwart leisten. Das wird im Folgenden anhand von vier großen Themenfeldern erörtert, die unterschiedliche Zugänge anbieten. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.<sup>6</sup>

# 1. Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte

Das Interesse an der Geschichte Deutschlands nach 1945 ist in den letzten Jahren stark gestiegen, was allein die große Anzahl von Buchpublikationen und Fernsehdokumentationen eindrucksvoll zeigt. Manche dichotomen Deutungen – etwa als Erfolgsgeschichte (für die Bundesrepublik) beziehungsweise Misserfolgsgeschichte (für die DDR) – sind zu Recht infrage gestellt worden. Schon seit Längerem liegen konzeptionelle Überlegungen für eine integrierte deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte vor, die insbesondere Christoph Kleßmann geprägt hat („asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“). Dennoch wurden die drei westlichen Besatzungszonen bzw. die Bundesrepublik auf der einen und die sowjetische Besatzungszone (SBZ) bzw. die DDR auf der anderen Seite – von Ausnahmen abgesehen – vorwiegend getrennt untersucht. Das hat sich in den letzten Jahren gewandelt: Neben elaborierten Qualifizierungsarbeiten gibt es mittlerweile sogar eigene Buchreihen, die sich dem methodisch anspruchsvollen Thema der deutsch-deutschen Geschichte widmen. Kürzlich hat die Historikerin Petra Weber eine beeindruckende Synthese vorgelegt.<sup>7</sup> Dagegen beruhen die öffentlichen Debatten bis heute sehr stark auf einer bipolaren Betrachtungsweise. Kurzum: In der Medienöffentlichkeit scheint sich der Ost-West-Gegensatz immer mehr zu zementieren.



*Brandenburger Tor und Pariser Platz in Berlin im Juni 1945*

Dabei sind die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West erheblich: So ging es nach 1945 zunächst um die Bewältigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und mentalen Folgelasten des Zweiten Weltkriegs und der NS-Gewaltherrschaft. Ab Anfang der 1970er-Jahre mussten beide deutsche Staaten Antworten auf globale Herausforderungen finden, die vom Erdölpreisschock und dem Ende des Wirtschaftsbooms ausgingen. Die wirtschaftlichen Strukturen, die sich in West- und Ostdeutschland herausgebildet hatten, beruhten letztlich „auf der Abhängigkeit vom Öl“.<sup>8</sup> Bei der Bekämpfung industrieller Umweltverschmutzung, die sich auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs spätestens in den 1980er-Jahren ganz oben auf der politischen Agenda befand, besaß die Bundesrepublik schnell einen technologischen Vorsprung, was angesichts der Rückständigkeit der DDR auf diesem Gebiet „nichts Ungewöhnliches“ war.<sup>9</sup> Zu den Trends, die im Kalten Krieg systemübergreifend waren, gehörte auch die zunehmende Individualisierung, die im Freizeitverhalten sowohl in den westlichen als auch in den ost-europäischen Industriegesellschaften zu beobachten ist.

Forscherinnen und Forscher beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit den beiden deutschen Staaten unter beziehungs- und verflechtungsgeschichtlichen Perspektiven. In den Fokus rückt dabei die Analyse der teils gemeinsamen, teils unterschiedlichen Erfahrungen und Erwartungshaltungen der Menschen im geteilten Deutschland. Dabei lässt sich etwa eine Annäherung weiblicher Lebensverläufe feststellen. Die DDR wies zwar weltweit eine der höchsten Frauenerwerbsquoten auf (1989: etwas über 90 Prozent), die weit über dem Wert in Westdeutschland lag (1989: 55 Prozent). Doch aus diesen beiden Zahlen lassen sich keine direkten Rückschlüsse auf den Grad der Emanzipation in Ost und West ziehen.

In beiden deutschen Staaten hielten sich die tradierten Geschlechterrollenbilder lange. Daran konnte auch der massive Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten in der DDR wenig ändern. Frauen in Ostdeutschland sahen sich „einer Diskriminierung ausgesetzt, die sich nicht nur in von Männern geäußerten Vorurteilen zeigte“,<sup>10</sup> sondern auch in einer durchschnittlich schlechteren Bezahlung und geringeren beruflichen Aufstiegsmöglichkeit. Die DDR-Familienpolitik war widersprüchlich, denn die Einführung des Hausarbeitstages für Frauen sollte zwar für Entlastung sorgen, schrieb aber „einmal mehr die weibliche Zuständigkeit für die Familienarbeit fest“.<sup>11</sup>



*Kindergärtnerin mit Kindern in einem Betriebs-Kinderwochenheim in Adorf-Vogtland, 1954*

Parallele Entwicklungen sind im geteilten Deutschland auch bei der Verwendung des Begriffs „Asozialität“ zu beobachten, der ein mentaler Überrest aus den 1920er-Jahren war. Er basierte auf kriminologischen beziehungsweise bevölkerungspolitischen Grundannahmen und diente auch nach 1945 zur Beschreibung gesellschaftlicher Randgruppen in Ost und West. In beiden deutschen Staaten konnten „Arbeitsscheue“ beziehungsweise „Arbeitsbummelanten“ strafrechtlich verfolgt und in sogenannte Arbeitshäuser eingewiesen werden – in der Bundesrepublik bis Ende der 1960er-Jahre.<sup>12</sup>

Obwohl sich die Frage nach der Elitenkontinuität für Ost- und Westdeutschland unterschiedlich beantworten lässt, so gab es doch eine Gemeinsamkeit: die mentalen Kontinuitäten in der Bevölkerung nach 1945. Denn der Nationalsozialismus war in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelt; das zeigen die zahlreichen abgeschlossenen Aufarbeitungsprojekte in jüngster Zeit zu den Bundesministerien, Landesregierungen, aber auch Fußballvereinen und kulturellen Einrichtungen (z. B. Documenta, Berlinale). Das betraf nicht nur die schätzungsweise 8,5 Millionen Parteimitglieder, über die die NSDAP gegen Kriegsende immer noch verfügte, sondern auch die Masse derjenigen, die mit dem NS-Regime sympathisiert und von diesem profitiert hatten (etwa durch die „Arisierungen“). Die daraus resultierenden Einstellungen beziehungsweise Prägungen verschwanden nicht schlagartig mit dem Ende der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft, sondern wirkten noch länger nach. Außerdem verschwand mit dem Untergang des NS-Regimes 1945 der strukturell vorhandene Antisemitismus in Deutschland nicht von der Bildfläche. Er blieb unterschwellig vorhanden, und zwar in beiden deutschen Staaten. Insofern war auch die DDR eine „postnazistische Gesellschaft“ (so die britische Historikerin Mary Fulbrook) – eine Herausforderung, auf die die kommunistischen Machthaber in Ost-Berlin eine Antwort finden mussten.

Beide deutsche Staaten sahen sich veranlasst, Integrationsangebote zu unterbreiten, die sich nicht nur auf die ehemaligen NSDAP-Mitglieder beschränkten. Auf diese Weise sollte das jeweilige politische System stabilisiert werden. Während sich jedoch in der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren eine breite, offene und kontroverse Debatte über den Umgang mit dem Nationalsozialismus entwickelte, führte in der DDR der von oben verordnete „Antifaschismus“ dazu, dass eine gesellschaftliche Auseinandersetzung weitgehend unterblieb. Die langfristigen Folgen des NS-Erbes reichen bis in die Wiedervereinigungsgesellschaft hinein. So wurden im Zuge der deutschen Einheit die westdeutschen Standards der Entschädigung für NS-Verfolgte (Wiedergutmachung) auf Ostdeutschland übertragen. Außerdem gerieten in den 1990er-Jahren deutsche Unternehmen und die Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ins Blickfeld öffentlicher Debatten.

Das Ende der DDR führte dazu, dass die bereits latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit offen zutage trat. Es kam zu einer Entgrenzung der Gewalt mit zahlreichen Toten und Verletzten in Ost- und Westdeutschland. In beiden deutschen Gesellschaften waren „bereits vor 1990 Vorbehalte, Fremdenfeindlichkeit und Gewalttaten gegen Ausländerinnen und Ausländer“ vorhanden.<sup>13</sup>

## 2. Die DDR im sowjetischen Herrschaftsbereich

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Osteuropa beziehungsweise Ostmitteleuropa gelenkt und stellt auch für die Geschichtswissenschaft eine Zäsur dar. Bereits jetzt entstehen im deutschen Wissenschaftsbetrieb dazu neue institutionelle Strukturen und neue Themenschwerpunkte. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass Forscherinnen und Forscher schon in der Vergangenheit die Beziehungsgeschichte zwischen der DDR und den Ostblockstaaten ausgeleuchtet haben. So liegen Studien vor, die sich beispielsweise mit den inoffiziellen Bürgerkontakten zwischen Polen und der DDR beschäftigt und auf diese Weise die propagandistischen Feindbilder beziehungsweise offiziellen Freundschaftsrituale dekonstruiert haben. Eine Regionalstudie über deutsch-polnische Alltagskontakte in Leipzig zeigt, dass private Kontakte zunächst den politisch vorgegebenen Regeln folgten, dann aber auch eine Eigendynamik entwickelten: Den Staatsorganen gelang es trotz großer Anstrengungen nicht, den aufgrund der Versorgungsengpässe entstandenen Schwarzhandel „einzudämmen oder gar ganz zu verhindern“.<sup>14</sup>

Auch im Fall der Tschechoslowakei wird deutlich, dass die proklamierte „sozialistische Freundschaft“ innerhalb des Ostblocks Risse aufwies. Obwohl die Kooperation auf allen Ebenen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens intensiviert wurde, verschärften sich die Konflikte zwischen Prag und Ost-Berlin, da die SED-Führung „negative Einflüsse“ aus dem Nachbarland befürchtete.<sup>15</sup> Bei den Kulturbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Rumänien ist auf die „schwache Medienpräsenz der DDR“ hingewiesen worden, die auf die rumänische Weigerung zurückzuführen ist, „im Gefolge verbesserter Beziehungen zur Bundesrepublik die zahlreichen Stellungnahmen der SED abzudrucken, in denen der deutsche Nachbarstaat kritisiert wurde“.<sup>16</sup> Das Verhältnis der DDR zu den anderen osteuropäischen Staaten war aber nicht nur von Abgrenzung gekennzeichnet, sondern auch von Kooperation und partieller Annäherung: Im Zusammenhang mit dem Machtwechsel, der sich Anfang der 1970er-Jahre an der Spitze der kommunistischen Parteien in Osteuropa vollzog, kam es zu einer gewissen Aufwertung sozialpolitischer Maßnahmen. Das „Krisenmanagement“ der politischen Führungen im real existierenden Sozialismus diente der Herrschaftsstabilisierung,<sup>17</sup> ohne dass die jeweiligen Repressionsapparate an Bedeutung verloren. Dagegen stellen vergleichende oder beziehungsgeschichtliche Studien noch ein Desiderat der Forschung dar, die sich eingehend mit dem Verhältnis zwischen der DDR und Ungarn, Bulgarien oder den Teilrepubliken der ehemaligen Sowjetunion (insbesondere den baltischen Ländern, der Ukraine und Belarus) befassen.

Die DDR befand sich stets in existenzieller Abhängigkeit von der Sowjetunion. Das manifestierte sich insbesondere beim Volksaufstand am 17. Juni 1953, als die SED-Herrschaft nur durch das Eingreifen sowjetischer Truppen gerettet wurde. Ein erneutes Aufbegehren schien sinnlos zu sein, solange Moskau die schützende Hand über die Führung in Ost-Berlin hielt. Obwohl die SED-Führung sowjetischen Vorbildern folgte, stieß die oft postulierte „Sowjeti-





*Feier zum 40. Jahrestag der DDR in Ost-Berlin am 8. Oktober 1989 mit dem Vorsitzenden des DDR-Staatsrats Erich Honecker (1. Reihe, r.) und dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow (1. Reihe, 2. v. r.)*

sierung“ an Grenzen. Dabei konnten Wechselwirkungen mit nicht intendierten, ja paradoxen Folgen auftreten: Die repressive Politik der Sowjetunion in der DDR Anfang der 1950er-Jahre förderte die „politische, wirtschaftliche und militärische Westintegration der jungen Bonner Republik“. <sup>18</sup> Ab Mitte der 1980er-Jahre wurde die Popularität, die Michail Gorbatschow unter den Ostdeutschen genoss, zum Problem für SED-Chef Erich Honecker. Mit dem Namen des jungen, charismatischen Kremlchefs verbanden sich politische Reformen, die in der DDR-Bevölkerung auf große Zustimmung stießen, nicht aber in der starrsinnigen SED-Spitze: „Da mit Gorbatschow ein Reformsozialismus möglich erschien, verlor der Realsozialismus in der DDR erheblich an Legitimität.“ <sup>19</sup>

### 3. Die DDR als eigenständiges Forschungsfeld

Trotz enger deutsch-deutscher Beziehungen und Verflechtungen ist die Erforschung der Geschichte zweier getrennter deutscher Staaten mit unterschiedlichen Politik- und Wertvorstellungen sowie konträren Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen nach wie vor legitim. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die DDR. Dabei haben es Forscherinnen und Forscher ungleich schwerer, ein Forschungsprojekt zur Geschichte des ostdeutschen Teilstaates zu rechtfertigen. Seit der Bilanz Jürgen Kockas vom August 2003, der zufolge die Geschichte der DDR weitgehend erforscht sei und im Übrigen zu sehr im eigenen Saft schmore,<sup>20</sup> erscheinen diesbezügliche Forschungen vielen als Angelegenheit weniger Spezialisten. Eine zusätzliche Hürde besteht in der Tatsache, dass die synthesehaften Gesamtdarstellungen, die von Historikern (insbesondere von Heinrich August Winkler, Edgar Wolfrum, aber auch von Eckart Conze, Ulrich Herbert, Peter Graf von Kielmansegg und Frank Trentmann) in den vergangenen Jahren vorgelegt wurden, „noch immer in erstaunlichem Maße von der normativ aufgeladenen Denkfigur eines ‚langen Wegs nach Westen‘ durchdrungen“ sind.<sup>21</sup> So konnte der Eindruck entstehen, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit einem Thema der DDR-Geschichte für eine universitäre Karriere meist als wenig förderlich angesehen wird. In diesem Punkt trifft die Kritik Oschmanns am deutschen Wissenschaftsbetrieb einen wunden Punkt,<sup>22</sup> der mit seinem Rundumschlag jedoch etwas Entscheidendes übersieht: Während sich die in den 1990er-Jahren verstärkt einsetzende geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Gegenstand DDR in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen als lediglich vorübergehende Konjunktur erwiesen hat, wird die zeithistorische DDR-Forschung im Wesentlichen von einer Reihe außeruniversitärer Forschungsinstitutionen betrieben und getragen!

Durch die in den letzten Jahren stark expandierende Behördenforschung kam es zur Wiederentdeckung der „Akteure“ in der Geschichtswissenschaft, wobei der Fokus weniger auf einzelnen Politikerinnen und Politikern als vielmehr auf staatlichen Institutionen lag. Während lange der Blick auf die Bundesrepublik dominierte, ist der Trend inzwischen auch für die DDR zu beobachten: So liegen bereits Studien zum Innen- und Gesundheitsministerium, zur zentralen Wirtschaftsverwaltung sowie zum Landwirtschaftsministerium vor. Ein Projekt zum Verkehrsministerium ist derzeit noch in Bearbeitung. Dieser Befund kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass einem zentralen Akteur zunächst die nötige Aufmerksamkeit versagt geblieben ist. Gemeint ist die Geschichte der SED zwischen Mauerbau und Mauerfall, zu der mittlerweile einzelne innovative und quellengesättigte Untersuchungen vorliegen, die das gängige Bild infrage stellen, eine kleine Gruppe von sogenannten Moskau-Kadern sei mithilfe eines schlagkräftigen Apparates „zur Macht ‚durchmarschiert‘“. <sup>23</sup> Gleichzeitig setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, SED-Geschichte, die lange Zeit auf die Frühphase bis Mitte der 1950er-Jahre konzentriert blieb, „nicht nur als Politik-, sondern auch als Gesellschaftsgeschichte“ zu untersuchen.<sup>24</sup>

Die ostdeutsche Gesellschaft war vor allem in den 1950er-Jahren von großer Mobilität gekennzeichnet. Zu den Faktoren, welche die soziale Mobilität beschleunigten, gehörten – neben den

unmittelbaren Kriegsfolgen (Flucht und Vertreibung) – die vom SED-Regime durchgeführte Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Das hatte Folgen für die Bildung und Rekrutierung der Funktionseliten. Denn durch die Bodenreform, Sequestrierung und Verstaatlichung zahlreicher Betriebe kam es zu einem bewusst herbeigeführten Elitenwechsel. Die rigorosen Enteignungsmaßnahmen eröffneten ungeahnte Karrierechancen für Arbeiterinnen und Arbeiter, wie sich etwa bei der Besetzung von betrieblichen Leitungspositionen beobachten lässt. Dabei spielte die fachliche Qualifikation „zuweilen eine untergeordnete Rolle“.<sup>25</sup> Indem die politische Führung in Ost-Berlin vielen Arbeiterinnen und Arbeitern den sozialen Aufstieg versprach, gelang es ihr, die neuen Betriebsleitungen an sich zu binden, von denen etwa 80 Prozent über ein SED-Parteibuch verfügten.



*Flucht einer Familie aus ihrer Ost-Berliner Wohnung nach Westberlin am 21. August 1961*

Die SED-Gesellschaftspolitik hatte dramatische Folgen, denn bis zum Mauerbau 1961 verließen mindestens 2,8 Millionen Menschen ihre Heimat und gingen in den Westen. Darunter befanden sich besonders viele gut ausgebildete Fachkräfte und Jugendliche. Das Spektrum der individuellen Beweggründe für die Flucht aus der DDR war groß und umfasste nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und persönliche Motive. Während sich die Bundesrepublik immer mehr zu einem Einwanderungsland entwickelte, überwogen bei der DDR schon frühzeitig Elemente einer Abwanderungsgesellschaft. Die demografischen Folgen waren fatal und konnten nicht mehr ausgeglichen werden. So war die Überalterung der DDR-Gesellschaft, die schon in den 1960er-Jahren einen höheren Rentnerinnen- und Rentneranteil aufwies als alle anderen Industrienationen, nicht mehr zu stoppen.

## 4. Die DDR und die Wiedervereinigung

Bei der Beurteilung der Ereignisse von 1989/90, die schließlich zur Herstellung der deutschen Einheit führten, muss stets die enorme Dynamik mitgedacht werden. Denn mit dem Fall der Mauer in Berlin am 9. November 1989 war für die Zeitgenossen in Ost und West nicht absehbar, dass am 1. Juli 1990 die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft in der noch bestehenden DDR und am 3. Oktober das Ende der staatlichen Teilung stehen würden. Innerhalb von wenigen Monaten veränderte sich für die Menschen in der DDR nahezu vollständig das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Koordinatensystem. Gleichzeitig setzte ein Prozess der Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung ein, der in Ostdeutschland erstmals offene gesellschaftliche Debatten ermöglichte und von der Bevölkerung als Akt der Befreiung empfunden wurde. Die Bundesrepublik beobachtete die Entwicklung in der DDR zunächst nur als Zaungast. Obwohl es in den Schubladen der Bonner Amtsstuben keinen Masterplan zur Wiedervereinigung gab, gewannen westdeutsche Akteure ab Anfang 1990 an Einfluss in Ostdeutschland. Das hing vor allem mit der Entstaatlichung auf der zentralen politischen Ebene in der DDR zusammen. Bürgerinnen und Bürger wandten sich mit ihren Alltagsorgen an die ostdeutschen Lokalpolitiker und Institutionen in der Bundesrepublik (Bundesministerien, Landesregierungen), aber kaum noch an die Regierung in Ost-Berlin, von der sie offenbar keine Lösung ihrer konkreten Probleme erwarteten. Kurzum: „Die Entstaatlichung der DDR und der Transfer des westdeutschen Modells sind zwei Seiten einer Medaille.“<sup>26</sup> Dagegen kaschiert der Begriff der „Übernahme“ diesen Zusammenhang und suggeriert einen geradlinigen Prozess, den es so nicht gegeben hat.<sup>27</sup>



*Bewohner aus beiden Teilen Berlins am 10. November 1989 an der Mauer am Brandenburger Tor*

Im Sommer 1990 war die Euphorie in Deutschland grenzenlos. Die deutsche Einheit erfolgte mit Zustimmung der europäischen Nachbarländer und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Das war alles andere als selbstverständlich! Niemand hatte es für möglich gehalten, dass etwa die Sowjetunion dieser Entwicklung ihr Plazet geben würde. Dass Moskau einer Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO nicht im Wege stehen würde, war lange Zeit unvorstellbar. Doch die Ernüchterung kam schnell.<sup>28</sup> Denn es wurde rasch deutlich, dass viele DDR-Betriebe den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nicht schaffen würden. Die Einführung der D-Mark war mit einem Aufwertungsschock verbunden, was unter anderem dazu führte, dass die Absatzmärkte für ostdeutsche Produkte insbesondere in Osteuropa zusammenbrachen. Bereits im Sommer 1990 tauchte in der ostdeutschen Öffentlichkeit ein Gespenst auf, das es in den zurückliegenden vier Jahrzehnten nicht gegeben hatte: Arbeitslosigkeit. Zu den ersten Verlierern auf dem Arbeitsmarkt gehörten Frauen und ausländische Arbeitskräfte.

Die Privatisierung der ostdeutschen Industrie ging mit einem ökonomischen Strukturwandel einher.<sup>29</sup> Da die Garantie der Vollbeschäftigung oberste Priorität für die SED-Führung genoss und sogar Verfassungsrang besaß („Recht auf Arbeit“), war die Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an die globalen Veränderungsprozesse in den 1970er- und 1980er-Jahren (z. B. in der Mikroelektronik) weitgehend ausgeblieben. Kurz vor dem Mauerfall 1989 wies Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland einen technologischen Rückstand von ungefähr zehn Jahren auf. Der verschlafene Strukturwandel war somit eine schwere Hypothek für die ehemaligen volkseigenen Betriebe (VEB) nach 1990. Erschwerend kam hinzu, dass sich die wirtschaftliche Transformation Ostdeutschlands innerhalb von nur wenigen Jahren vollzog. Nur zum Vergleich: Der Strukturwandel im Ruhrgebiet begann Ende der 1950er-Jahre und fand erst Ende 2018 seinen Abschluss. Damit treten die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der ökonomischen Umbrüche in Ost und West deutlich hervor. Darüber hinaus verschwand mit den Betriebsschließungen die betriebszentrierte sozialistische Arbeitswelt, die in der DDR eine Rundumversorgung mit Polikliniken, Kitas, Ferienheimen und Kulturhäusern bereitgestellt hatte. Diese Erfahrung, die viele Ostdeutsche im Kontext der Massenarbeitslosigkeit auch noch machten, prägte die politischen, kulturellen und mentalen Einstellungen vieler Menschen in den ostdeutschen Bundesländern nachhaltig.

*Mitglieder der IG Metall, Betriebsräte und Belegschaftsmitglieder der Maxhütte Unterwellenborn fordern von der Treuhand Aussagen zum Erhalt des Standorts*



Die Geschichte der deutschen Einheit ist auch die Geschichte einer missglückten Kommunikationsstrategie, die zu überzogenen Erwartungen und Selbsttäuschungen geführt hat. In dem Zusammenhang ist etwa das Versprechen von den „blühenden Landschaften“ zu nennen, das nicht nur Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), sondern auch andere westdeutsche Politiker und Wirtschaftsvertreter der ostdeutschen Bevölkerung im Sommer 1990 gegeben haben. Dazu gehört aber auch das weit verbreitete Bild, die DDR sei eine Musterschülerin im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gewesen. Besonders zählebig ist schließlich die auf Erich Honecker zurückgehende Legende, die DDR zähle zu den zehn größten Industrienationen der Erde. Das legt zwei Schlussfolgerungen nahe: Erstens gilt es, die Komplexität der ökonomischen Herausforderung anzuerkennen, die mit der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft verbunden war. Dafür gab es im Übrigen keine Vorbilder oder Blaupausen. Zweitens geht es darum, die unterschiedlichen Erfahrungswelten der Menschen in Ost und West stärker zu berücksichtigen, die sich während der 40-jährigen Teilung herausgebildet haben und die über die Zäsur von 1989/90 noch lange nachwirken.

## FAZIT

---

Die DDR-Forschung hat sich in vielfältiger Weise ausdifferenziert und verfolgt unterschiedliche Perspektiven, um den Forschungsgegenstand in nationale, internationale, transnationale und globale Bezüge einzubetten. Die vollmundige Behauptung, es werde wenig darüber gesprochen, „wie die DDR insgesamt in die deutsche Geschichte passt“,<sup>30</sup> ist schlichtweg falsch und zeugt von Unkenntnis der bisherigen und laufenden Forschungsdebatten. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass eine nachrückende Generation junger Doktorandinnen und Doktoranden einen inspirierenden „Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und zur Versachlichung der medial und öffentlichkeitswirksam geführten ‚Ost-Debatten‘“ zu leisten vermag.<sup>31</sup>

Die in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen über die Bücher von Katja Hoyer und Dirk Oschmann zeigen, dass eine seriöse und innovative Zeitgeschichtsforschung dringend notwendig ist, um Mythen und Legenden zu zerstören. Dazu müssen aber die Rahmenbedingungen für die Forschung sowie die schulische und politische Bildungsarbeit verbessert werden. Es gibt viel zu tun. Das gilt etwa für die Universitäten: So gibt es bis heute keinen Lehrstuhl, der schwerpunktmäßig der DDR-Geschichte, geschweige denn der vergleichenden Kommunismusforschung gewidmet ist. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungskonsortien zur DDR-Geschichte, die ursprünglich das Ziel verfolgten, universitäre Strukturen zu stärken, laufen demnächst aus. Für das in Halle geplante Zukunftszentrum für deutsche Einheit und europäische Transformation liegt bis heute noch kein inhaltliches Konzept vor; die anfängliche Euphorie scheint längst verflogen zu sein. Mehr noch: Ein „Rahmenkonzept Erinnerungskultur“, das kürzlich von der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth (Die Grünen), vorgelegt wurde, ist bei den Gedenkstätten auf erheblichen Widerstand gestoßen, die unter anderem eine Mittelkürzung befürchten. Handlungsbedarf besteht aber auch bei der politischen Bildungsarbeit: Anlässlich des 75. Jahrestages der Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes gibt es immer noch Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung, die eine Bilanz des geteilten und vereinten Deutschlands ziehen wollen, bei der die DDR aber nicht vorkommt.<sup>32</sup>

- 1 Dirk Oschmann: Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023, S. 12.
- 2 Ebd., S. 16.
- 3 Vgl. ebd., S. 53 f.
- 4 <https://hoffmann-und-campe.de/products/63884-diesseits-der-mauer?variant=43749548753164> (letzter Zugriff: 25. April 2024).
- 5 Katja Hoyer: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990, Hamburg 2023, S. 22.
- 6 Die folgenden Ausführungen basieren teilweise auf Überlegungen, die ich mit meinen Kollegen Michael Schwartz und Hermann Wentker entwickelt habe. Vgl. Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker: Die DDR als Chance. Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung, in: Ulrich Mählert (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 23–70.
- 7 Vgl. Petra Weber: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020.
- 8 Henning Türk: Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin 2021, S. 156.
- 9 Sophie Lange: Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990. Eine Verflechtungsgeschichte im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Kalten Krieges, Berlin/Boston 2023, S. 410.
- 10 Christoph Neumaier: Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland, Berlin 2022, S. 112.
- 11 Gunilla Budde: So fern, so nah. Die beiden deutschen Gesellschaften (1949–1989), Stuttgart 2023, S. 126.
- 12 Christoph Lorke: An den Rändern der Gesellschaft. Armut und soziale Ausgrenzung im geteilten Deutschland, Berlin 2021, S. 110.
- 13 Thomas Großbölting: Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020, S. 343.
- 14 Daniel Logemann: Das polnische Fenster. Deutsch-polnische Kontakte im staatssozialistischen Alltag Leipzigs 1972–1989, München 2012, S. 333.
- 15 Volker Zimmermann: Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945–1969), Essen 2010, S. 582.
- 16 Peter Ulrich Weiß: Kulturarbeit als diplomatischer Zankapfel. Die kulturellen Auslandsbeziehungen im Dreiecksverhältnis der beiden deutschen Staaten und Rumäniens von 1950 bis 1972, München 2010, S. 389.
- 17 Peter Hübner/Christa Hübner: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976 – mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 12.
- 18 Stefan Kreuzberger: Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung, Hamburg 2022, S. 552.
- 19 Hermann Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991, Berlin 2020, S. 617.
- 20 Vgl. Jürgen Kocka: Der Blick über den Tellerrand fehlt, in: Frankfurter Rundschau vom 22. August 2003.
- 21 Florian Peters: Am Schnittpunkt von Ost und West. Ostmitteleuropäische Perspektiven für eine transnationale DDR-Geschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), S. 332–345, hier S. 333.
- 22 Vgl. Dirk Oschmann: „Sich mit der DDR zu beschäftigen, scheint ein Karrierekiller zu sein“, in: Berliner Zeitung vom 6. April 2024, <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/dirk-oschmann-ddr-zur-katja-hoyer-debatte-li.2202126> (letzter Zugriff: 25. April 2024).
- 23 Rüdiger Bergien: Im „Generalstab der Partei“. Organisationskultur und Herrschaftspraxis in der SED-Zentrale (1946–1989), Berlin 2017, S. 518.
- 24 Jens Gieseke/Hermann Wentker: Die SED – Umriss eines Forschungsfeldes. Zur Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 7–15, hier S. 9.
- 25 Marcel Boldorf: Governance in der Planwirtschaft. Industrielle Führungskräfte in der Stahl- und Textilbranche der SBZ/DDR (1945–1958), Berlin/Boston 2015, S. 251.
- 26 Dierk Hoffmann: Treuhandanstalt – Privatisierung – Öffentlichkeit. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022, S. 13–115, hier S. 28.



- 27 So aber Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.
- 28 Aktuelle Forschungen betonen sehr stark, dass der Blick auf 1989 „von den Erfahrungen und Entwicklungen der Zeit nach 1989/1990 mitbestimmt“ wird. Alexander Leistner: Bis hierher und wie weiter? Zur Vergangenheit und Zukunft der asymmetrisch verflochtenen Transformation (Ost-)Deutschlands, in: Alexander Leistner/Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs, Wien/Köln 2022, S. 11–61, hier S. 49.
- 29 Vgl. zum Folgenden Hoffmann: Treuhandanstalt – Privatisierung – Öffentlichkeit, S. 99–104.
- 30 „Es wird wenig darüber gesprochen, wie die DDR in die deutsche Geschichte passt“. Interview mit Katja Hoyer, in: RBB 24 vom 7. Mai 2023, <https://www.rbb24.de/kultur/beitrag/2023/05/berlin-brandenburg-interview-autorin-ddr-london-grossbritannien-.html> (letzter Zugriff: 25. April 2024).
- 31 Christoph Banditt/Nadine Jenke/Sophie Lange: Die DDR im Plural. Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart, Berlin 2023, S. 13–17, hier S. 16.
- 32 <https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/547204/75-jahre-bundesrepublik-eine-bilanz-des-geteilten-und-vereinten-deutschlands/> (letzter Zugriff: 25. April 2024).

# LITERATUR

---

- B** **Banditt, Christopher/ Jenke, Nadine/ Lange, Sophie (Hrsg.):** DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart, Berlin 2023.
- Böick, Marcus/ Goschler, Constantin/ Jessen, Ralph (Hrsg.):** Jahrbuch Deutsche Einheit, Berlin 2020ff.
- Bösch, Frank (Hrsg.):** Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015.
- Brückweh, Kerstin/ Villinger, Clemens/ Zöller, Kathrin (Hrsg.):** Die lange Geschichte der „Wende“. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin 2020.
- Budde, Gunilla:** So fern, so nah. Die beiden deutschen Gesellschaften (1949–1989), Stuttgart 2022.
- F** **Fulbrook, Mary:** Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2011.
- G** **Großbölting, Thomas:** Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020.
- H** **Hoffmann, Dierk (Hrsg.):** Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022.
- M** **Mählert, Ulrich (Hrsg.):** Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016.
- N** **Neumaier, Christopher:** Hausfrau, Berufstätige und Mutter? Frauen im geteilten Deutschland, Berlin 2022.
- P** **Port, Andrew I.:** Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Berlin 2010.
- S** **Steiner, André:** Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007.
- T** **Türk, Hennig:** Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin 2021.
- W** **Weber, Petra:** Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020.
- Wengst, Udo/ Wentker, Hermann (Hrsg.):** Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008.
- Wolff, Frank:** Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989, Berlin 2019.

## Impressum

### Der Autor

Dierk Hoffmann ist Außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam und stv. Abteilungsleiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. Darüber hinaus ist Hoffmann Mitglied der Kommission zur Erforschung der Geschichte des Bundeswirtschaftsministeriums und seiner Vorgängerinstitutionen gewesen. Er leitet seit 2017 ein großes, mehrteiliges Forschungsprojekt zur Geschichte der Treuhandanstalt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte der Sozialpolitik im 19. und 20. Jahrhundert und die Geschichte der SBZ/DDR sowie die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte.

### Ansprechpartner

#### Prof. Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
T +49 30 / 26 996-3812  
[matthias.oppermann@kas.de](mailto:matthias.oppermann@kas.de)

#### Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte  
T +49 30 / 26 996-3717  
[kathrin.zehender@kas.de](mailto:kathrin.zehender@kas.de)

### Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

### Bildnachweise

Titelfoto: Am 17. Juni 1953 werfen Demonstranten in der Leipziger Straße in Berlin Steine auf sowjetische Panzer. © ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo;

Seite 5: © Bundesarchiv, B 145 Bild-P054320/Weinrother, Carl/CC-BY-SA 3.0, [Bundesarchiv B 145 Bild-P054320, Berlin, Brandenburger Tor und Pariser Platz, CC BY-SA 3.0 DE](#);

Seite 6: © Bundesarchiv, Bild 183-27645-0027/Foto: Klein;

Seite 9: © Sepp Spiegl/Süddeutsche Zeitung Photo;

Seite 11: © dpa/Süddeutsche Zeitung Photo;

Seite 12: © Klaus Lehnartz/Süddeutsche Zeitung Photo;

Seite 13: © Bundesarchiv, Bild 183-1990-1219-006/Franke, Klaus/CC-BY-SA 3.0, [Bundesarchiv Bild 183-1990-1219-006, Berlin, Stahlwerker protestieren vor Treuhandanstalt, CC BY-SA 3.0 DE](#)

Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Satz: Franziska Faehnrich, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-241-7

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

